



FLAGGSCHIFF



21

Reha fair 2006

Die Berliner Reha-Messe lockte fast 17.000 Besucher

Liebe Leserinnen, liebe Leser, liebe Mitglieder,



aus den Erfahrungen der Älteren lernen, diese Erfahrungen mit neuen Ideen bereichern und dabei die neuen technischen Möglichkeiten nach und nach angstfrei einführen und ausbauen - so stelle ich mir das Nachrücken der jüngeren Mitglieder in einem Verein vor.

Wenn das ganze mit einer Wärme und Herzlichkeit, die mir ganz besonders von Frau Erika Lange entgegen gebracht wurde, verbunden ist, dann ist der Einstieg leicht gemacht. Dafür und für das entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich.

Nun möchte ich mich Ihnen etwas ausführlicher vorstellen, damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben. Mein Name ist Ingo Schellberg, ich bin am 10. Oktober 1961 in Berlin geboren und mit meinen 45 Jahren das jüngste Mitglied im Vorstand. Nach erfolgreichem Realschulabschluss und zweijähriger Ausbildung war ich bis 1990 im Zollgrenzdienst in Berlin tätig. In dieser Zeit war ich ehrenamtlich in der Freiwilligen Feuerwehr sehr stark engagiert. Dann bot sich mir die Gelegenheit, etwas ganz anderes zu machen und ich wechselte zur Steuerverwaltung. Dort war ich bis zu meiner Pensionierung am 1. Juli 2001 im Finanzamt für die Computer zuständig.

Nachdem ich über ein Jahr von Arzt zu Arzt gerannt bin, wurde im Frühjahr 1997 die Diagnose "Morbus Parkinson" gestellt. Für mich zwar erschreckend und unerwartet, aber nicht schockierend, denn so konnte ich mich wenigstens mit der Krankheit auseinandersetzen. In dieser Zeit lernte ich meine heutige Frau kennen. Gemeinsam lernten wir, offen mit der Krankheit umzugehen und beschlossen, uns in der Selbsthilfe zu engagieren. Wir gründeten in Berlin die Gruppe für junge Parkinsonkranke, meine Frau leitet die Angehörigengruppe in Berlin, bundesweit sind wir Ansprechpartner für den jeweiligen Personenkreis.

Ich habe mich zur Mitarbeit im Vorstand bereit erklärt, da ich es für wichtig halte, dass wir gemeinsam gegen politische Entscheidungen vorgehen und unsere Rechte durchsetzen. Hierfür wünsche ich uns Kraft, Mut und Ausdauer und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

Ihr Ingo Schellberg

Editorial	
Ingo Schellberg begrüßt die Leserinnen und Leser	2
Behindertenpolitik	
Bericht 2005/2006 des Behindertenbeauftragten	4
Sonderfahrdienst und Härtefälle	5
Senatspolitik in der neuen Legislaturperiode	6
Aus den Mitgliedsvereinen	
Fibromyalgie-Selbsthilfe	8
Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe	9
Das „Persönliche Budget“ für Kinder	10
Eine Chance für rheumakranke Kinder	13
Preisauslobung für Rheumaforschung	14
Diabetikertag im Rathaus Schöneberg	15
ABSV plant Beratungsstelle für Sehbehinderte	16
Die ILCO-Tage 2006 in Leipzig	17
Veranstaltungen	
Betreuung statt Vormundschaft	18
Messe	
Es gab viel zu erleben auf der Reha fair Berlin 2006	21
Rezension	
Spielerisch zu einem besseren Gedächtnis	23
Termine	24
Reisen	
Von Singapur nach Venedig	25

Bericht 2005/2006 des Behindertenbeauftragten

Das Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) schreibt vor, dass der Senat dem Abgeordnetenhaus jährlich den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über Verstöße gegen die Regelungen zur Gleichstellung behinderter Menschen durch Behörden oder sonstige öffentliche Stellen und deren dazu abgegebene Stellungnahmen oder ergriffene Maßnahmen vorlegt. Zudem wird über die Tätigkeit des Landesbeauftragten berichtet.

Die Erstellung der Berichte steht im engen Zusammenhang mit den durch das LGBG festgelegten Aufgaben des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung. Er hat darauf hinzuwirken, dass die Verpflichtung des Landes, für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung zu sorgen, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt wird. Beide Berichtsteile ergänzen sich und geben Auskunft über die behindertenpolitische Arbeit des Landesbeauftragten.

Der fünfte Verstößebericht besteht einerseits aus einer Auflistung von Verstößen, die der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung aus seiner Sicht festgestellt hat. Diesen Beanstandungen sind jeweils die Stellungnahmen der zuständigen Senatsverwaltungen bzw. Bezirksamter gegenübergestellt.

Die Beanstandungen beziehen sich unter anderem auf:

- einen "Maßnahmeplan des Sozialamts Spandau" mit nach Auffassung des Landesbeauftragten äußerst problematischen Anweisungen zur Leistungsgewährung,
- auf die erneute Beschaffung nicht barrierefreier Kassenautomaten

durch die Senatsverwaltung für Finanzen,

- auf neu geschaffene Barrieren bei der Altstadtsanierung von Köpenick oder auf
- die oft nicht gegebene Barrierefreiheit von temporären Bauten.

Der Tätigkeitsbericht gibt einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben, die mit der Funktion des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung verbunden sind. Dieser stellt das Jahr 2005 ausdrücklich als ein behindertenpolitisch besonders erfolgreiches Jahr dar.

So hat es im Zusammenhang mit der Novellierung der Bauordnung zahlreiche Verbesserungen in Bezug auf barrierefreies Bauen gegeben. Das dritte Gesetz zur Änderung des Landesgleichberechtigungsgesetzes hat z. B. die Aufnahme von wichtigen Bestimmungen zur Barrierefreiheit allgemein und zur barrierefreien Informationstechnik gebracht sowie die Position des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung gestärkt. Im Tätigkeitsbericht wird ferner die Arbeit der bei allen Senatsverwaltungen angesiedelten Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Landesgleichberechtigungsgesetzes gewürdigt.

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung informiert über den im Berichtszeitraum erreichten Stand der Aktion "Berlin - barrierefrei" mit inzwischen ca. 150 vergebenen Signets an barrierefreie Geschäfte, Gaststätten, Hotels, Anwaltskanzleien usw.

Außerdem berichtet er über die Durchführung einer Tagung zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, die das Ziel hatte, den Gedanken der nicht aussondernden Erziehung zu stärken.

Die Berichte stehen auf der Internetseite des Landesbeauftragten zum Herunterladen bereit unter:

<http://www.berlin.de/lb/behi/veroeffentlichungen/index.html>.



Kontakt zum Büro des Landesbeauftragten:
Tel.: 030/ 90 28-29 18
/- 29 98
Fax: 030/ 90 28 21 66
Internet:
www.berlin.de/lb/behi/index.html

Sonderfahrdienst und Härtefälle

Seit dem die Eigenbeteiligung beim Sonderfahrdienst spürbar erhöht worden ist, haben viele Betroffene finanzielle Probleme, den Sonderfahrdienst zu nutzen. Um Härten abzumildern, ist seit über einem Jahr beim Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen ein Härtefond eingerichtet.

Nutzer des Sonderfahrdienstes, die nur ein geringes Einkommen haben (Sozialhilfeempfänger, Empfänger von Arbeitslosengeld II, Rentner, die nach Abzug der Miete nicht mehr als 500 Euro im Monat zur Verfügung haben, und ähnlich Betroffene) können bei der Härtefall-Kommission des Landesbeirates einen Antrag stellen, um einen Teil ihrer Auslagen zurück zu bekommen. Die ersten acht Fahrten müssen aber in jedem Fall selbst bezahlt werden.

Menschen im Rollstuhl, die den Sonderfahrdienst für ihre ehrenamtliche Tätigkeit benötigen, können ebenfalls einen Antrag bei der Härtefall-Kommission stellen. Dabei muss

natürlich die ehrenamtliche Tätigkeit nachgewiesen werden. Auch sollen laut Senatsvorgabe in der Regel für jede Fahrt 2,50 bzw. 1,53 Euro selbst bezahlt werden. Trifft die ehrenamtliche Tätigkeit mit einem Härtefall zusammen, kann aber bis auf die ersten 8 Fahrten davon Abstand genommen werden.

Der Fond ist unter den Nutzern noch zu wenig bekannt. Wer näheres wissen möchte, wende sich bitte an Herrn Petzerling beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Telefon: 90 28 16 57.

*von Dr. Manfred Schmidt
(Vorsitzender der LV Selbsthilfe Berlin)*

Senatspolitik in der neuen Legislaturperiode

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS sind einige Aussagen zu finden, die die Behindertenpolitik in den kommenden Jahren betreffen. So heißt es unter anderem: "Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbst bestimmt leben können.... Berlin muss als lebenswerte Stadt für Menschen mit und ohne Behinderung weiter barrierefrei ausgebaut werden."

- Die Koalition bekennt sich zum Persönlichen Budget als Instrument zur Stärkung selbstbestimmten Lebens;
- zur Erhöhung des Anteils an behindertengerechten Wohnungen und zur barrierefreien Gestaltung des Wohnumfeldes;
- zur Verankerung des Aspekts der Barrierefreiheit bei öffentlichen Ausschreibungen;
- zum Sonderfahrdienst und seiner Verknüpfung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr;
- zur Erhaltung des Landespflegegeldes in der bisherigen Höhe;
- zur Aufrechterhaltung der Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen in allen Senatsverwaltungen.

Wenn diese Aussagen Realität werden, dürfen wir mit der Fortsetzung der bisherigen Behindertenpolitik rechnen. Sie ist das Ergebnis der zielstrebigsten Arbeit der Berliner Behindertenorganisationen sowie des Landesbeauftragten und des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen. Es scheint, als habe die Politik die Zeichen der Zeit verstanden. Menschen mit Behinderungen wollen ein selbstbestimmtes Leben führen, dazu brauchen sie die notwendigen

Bedingungen. Barrierefreiheit, Mitspracherecht in allen sie betreffenden Angelegenheiten, Nachteilsausgleich, Sonderfahrdienst usw. sind dabei wichtige Faktoren. Wir werden die Arbeit des neuen Senats kritisch begleiten und uns zu Wort melden.

Eine Aussage halten wir für besonders wichtig, weil sie bisher noch keine Rolle gespielt hat: die Verankerung der Barrierefreiheit bei öffentlichen Ausschreibungen. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat das zum Beispiel bei der Ausschreibung der Kassenautomaten in den Bezirken völlig vernachlässigt. Wenn das jetzt anders sein soll, kann uns das nur recht sein. Wir haben schließlich energisch gegen das bisherige Vorgehen protestiert. Die Aussage in der Koalitionsvereinbarung dürfte also auch ein Ergebnis unseres Protestes sein.

Nun noch ein paar Dinge, die mir in der Koalitionsvereinbarung besonders aufgefallen sind:

1. Die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement sollen weiter verbessert werden. Die Selbsthilfe gehört zu diesem Engagement. Zugleich werden aber die Mittel

für die Selbsthilfe gekürzt. Das ist ein Widerspruch. Die Aussicht, mehr Gelegenheit zur Einwerbung von Drittmitteln zu geben ist dabei nur ein sehr schwacher Trost.

2. Als wichtige Plattform für die Erarbeitung und Vereinbarung von Gesundheitszielen und deren Umsetzung wird die vom Senat eingerichtete Landesgesundheitskonferenz bezeichnet. Zugleich sollen die Patientenrechte gestärkt sowie den Patientinnen und Patienten ein selbstbestimmtes Handeln bei den Gesundheitsdienstleistungen ermöglicht werden. Die Selbsthilfe ist aber in der Landesgesundheitskonferenz nicht vertreten, obwohl der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen und die Landesvereinigung Selbsthilfe dies mehrmals angemahnt haben. Wie sollen denn die Patientenrechte gestärkt werden, wenn ihre Vertreter nicht einmal in der vom Senat als wichtige Plattform bezeichneten Landesgesundheitskonferenz mitwirken dürfen. Der Senat verweist darauf, dass die Patientenbeauftragte diese Funktion wahrnimmt. Das ist aber ein Trugschluss. Die Patientenbeauftragte vertritt nicht die Selbsthil-

fe und kann sie auch nicht vertreten. Wir wollen keine Fremdbestimmung sondern Selbstbestimmung, die ja an anderer Stelle der Koalitionsvereinbarung so sehr betont wird. Hier muss der Senat Farbe bekennen! Überhaupt ist der Grundtenor im Teil Stärkung der Patientenrechte auf die Stärkung der Patientenbeauftragten gerichtet. Das reicht nicht aus!

3. Zu begrüßen ist die Absicht, ein Nichtrauchererschutzgesetz für öffentliche Gebäude, Krankenhäuser und Gaststätten zu verabschieden, wobei bei letzteren schon wieder Einschränkungen gemacht werden sollen. Das ist nicht einzusehen. Begrüßenswert ist auch die Ankündigung, Chronikerprogramme zu fördern, analog dem Programm für rheumakranke Menschen.

Es gäbe noch viel mehr zur Koalitionsvereinbarung zu sagen, sowohl Positives als auch Negatives. Ich will es aber bei dieser Auswahl bewenden lassen.

*von Dr. Manfred Schmidt
(Vorsitzender der LV Selbsthilfe Berlin)*

Diskussion zur Zukunft der Behindertenpolitik

Die LV Selbsthilfe Berlin lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung mit der Sozialsenatorin, Dr. Heidi Knake-Werner. Thema ist die Zukunft der Behindertenpolitik in Berlin.

Termin:

06. Dezember 2006, 17.00 bis 19.00 Uhr

Berliner Rathaus (Eingang Jüdenstraße), F.-Friedensburg-Saal (Raum 338)

Fibromyalgie-Selbsthilfe

Die Deutsche Fibromyalgie-Vereinigung (DFV) wurde im Sommer 2006 Mitglied der LV Selbsthilfe Berlin. Im folgenden Artikel erfahren Sie näheres über diese chronische Erkrankung sowie die Arbeit und Angebote des Vereins.

Fibromyalgie, was ist das?

Fibromyalgie (Faser-Muskel-Schmerz) ist eine chronische, nicht entzündliche Erkrankung mit Schmerzen in der Muskulatur und im Bereich der Sehnenansätze, mit weit mehr als 100 Begleitsymptomen wie u.a. Schlafstörungen, fehlender Tiefschlaf, Wetterfühligkeit, Zerschlagenheit, Morgensteifigkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, trockene Schleimhäute, Konzentrationsschwächen, Kribbeln, Prickeln, Taubheitsgefühl der Haut, Reizblase, Vergesslichkeit, Leistungsschwächen. Das Leiden der Betroffenen zieht sich oft über Jahre hin. Im Blut ist diese Krankheit nicht nachzuweisen. In der Bundesrepublik leiden ca. 2,4 Mill. Menschen darunter. Die Dunkelziffer dürfte noch um einiges größer sein. Betroffen sind überwiegend Frauen im Verhältnis 8:2 zu Männern. Die Krankheit betrifft alle Altersgruppen. So ist der uns bekannte jüngste Patient 4 Jahre und der älteste 89 Jahre alt.

Wie fängt diese Krankheit an?

Meistens beginnt es entweder mit Rückenschmerzen oder Sehnen - Muskel - Schmerzen an einer Stelle. Früher nannte der Facharzt diese Erscheinung dann "Tendomyopathie". Bevor 1990 der offizielle Name Fibromyalgie eingeführt wurde, nannte man diese Krankheit auch Fibrositis.

**Logo
der Deutschen
Fibromyalgie-
Vereinigung
(DFV)**



Wie helfen wir?

Die Deutsche Fibromyalgie-Vereinigung wurde im Juli 1996 gegründet und hat es sich zur Aufgabe gemacht, dass Krankheitsbild Fibromyalgie deutschlandweit bekannt zu machen, und den Betroffenen Unterstützung und Aufklärung in Selbsthilfegruppen anzubieten.

Des Weiteren wird durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit auf das Krankheitsbild aufmerksam gemacht. Wir bieten Schulungen für Patienten und ihren Angehörigen sowie Weiterbildungen für Therapeuten an.

Wir sind Mitglied in der ENFA (Europäisches Fibromyalgie Netzwerk) sowie bei der BAG-Selbsthilfe und der DAG-SHG und halten regelmäßig Kontakt zur Forschung.

*Deutsche Fibromyalgie-
Vereinigung (DFV) e.V.*

Postfach 1140

74741 Seckach

Tel. 06292/ 92 87 58

Fax. 06292/ 92 87 61

fibromyalgie-fms@t-online.de

www.fibromyalgie-fms.de

Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e.V.

Auch den Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e.V. (AKG) heißen wir als neues Mitglied herzlich willkommen.

Der Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e.V. (AKG) ist eine Elternselbsthilfevereinigung an der Nahtstelle von Behindertenarbeit und Patientenschutz. Der Verein wurde von Eltern geburtsgeschädigter Kinder 1982 gegründet. Inzwischen hat sich der AKG mit über 1.000 Mitgliedern zu einer bundesweit aktiven Organisation entwickelt.

Geburtsschädigungen sind auch im internationalen Vergleich kein Einzelschicksal. Viele Eltern und Kinder sind Jahr für Jahr betroffen. Die Dunkelziffer ist hoch - vermutlich zu hoch für ein Land mit einem so gut entwickelten Gesundheitssystem.

**Logo des
Arbeitskreises
Kunstfehler in der
Geburtshilfe**



Vielfach erleiden die Neugeborenen während der Geburt durch die mangelnde Sauerstoffversorgung im Blut eine Schädigung des zentralen Nervensystems, die zu cerebralen Bewegungsstörungen führt und in deren Folge sie oft ein Leben lang auf ständige und direkte Hilfe angewiesen bleiben. Nervenzellen sterben ab, die gebraucht werden, um Muskeln kontrolliert bewegen zu können. Ein

derartig geschädigtes Kind mit der Diagnose "Infantile Cerebralparese" ist oft schwer und mehrfach behindert und nicht in der Lage ohne Hilfe zu essen und zu trinken, sich aufrecht zu halten, selbstständig zu sitzen, sich fortzubewegen, zu greifen, zu spielen, sich anzuziehen, sich zu waschen u.a. mehr.

Deshalb sitzen viele Kinder im Rollstuhl mit individuell angefertigten Sitzschalen und können sich auch nicht über ihre Lautsprache verständigen. In der alltäglichen Versorgung dieser Kinder und im Hinblick auf ihre weitere Entwicklung sind aufwendige therapeutische Maßnahmen erforderlich und es ist von nicht unerheblicher Bedeutung, dass ihre körpereigene Kommunikation wie Gestik, Mimik und ihre Blick- und/oder Körperbewegungen sowie ihr Lautieren von allen, die mit ihnen zu tun haben richtig gedeutet und verstanden wird.

Aufgrund ihrer mangelnden Ausdrucksfähigkeit werden die betroffenen Kinder oft vorschnell als geistig behindert eingestuft, obwohl dies nur bei einem Teil aller Betroffenen der Fall ist und diese Zuschreibung dem Entwicklungspotential dieser Kinder nicht entspricht. Bei ca. 1/3 aller Kinder ist auch die Sehfähigkeit betroffen, weil das Gehirn die Wahrnehmung nicht verarbeiten kann. Fast ebenso hoch ist der Anteil der Kinder, die zudem an Epilepsie leiden.

Die Ziele des AKG sind:

- Information, Beratung, Betreuung und Begleitung der Eltern im Hinblick auf das Zusammenleben mit einem behinderten Kind,
- Aufklärung und Unterstützung der Betroffenen bei der Frage, ob vorliegende Behinderungen von Mutter und/oder Kind bzw. im schlimmsten Fall der Tod von Mutter und/oder Kind auf ärztliches Fehlverhalten zurückzuführen sind,
- Öffentlichkeitsarbeit zur Qualitätssicherung in der Geburtshilfe durch Dokumentation der Erfahrungen der Betroffenen und durch die Herausgabe von Informations- und Aufklärungsbroschüren, z.B. die neu überarbeitete und aufgelegte Vorsorgebroschüre "Wie kann ich mein Kind bei der Geburt schützen", Symposiumsband "Schicksal oder Arztverschulden" sowie durch die regelmäßige Herausgabe der Vereinszeitschrift "Weiterleben",
- Durchführung von Gesprächskreisen und Symposien zum konstruktiven Austausch aller an der Geburtshilfe Beteiligten (wie u.a. Ärzte, Hebammen, medizinische Fachkräfte, Juristen, Therapeuten, Sozialarbeiter) zur Prophylaxe und Vermeidung künftiger Geburtsschäden.

*Ansprechpartnerin in Berlin und
Brandburg:
Irmgard Ochsenknecht
Habsburgerstr. 5
10781 Berlin
Telefon: 030/215 77 97
Fax: 030/215 51 05
E-Mail: irmoc@web.de*

Das „Persönliche Budget“ für Kinder

Ein Bericht von Irmgard Ochsenknecht zu ihren Erfahrungen mit dem "Trägerübergreifenden Persönlichen Budget".

Meine Tochter Sophie ist 7 Jahre alt und hat eine spastische Tetraparese mit dyston-athetotischer Komponente. Aufgrund ihrer cerebralen Bewegungsstörung wurden ihr vom August 2001 bis November 2004 Leistungen der Eingliederungshilfe (nach § 57 SGB XII) in Form von 12 Förderstunden wöchentlich für eine Einzelfallhilfe bewilligt, die von einer ambulanten Helferin, die bei einem Träger der freien Wohlfahrtspflege

angestellt war, durchgeführt wurde. Mit der Zeit fiel mir mehr und mehr die nicht auf die Bedürfnisse meiner Tochter optimal ausgerichtete Hilfe durch den Leistungserbringer auf. Deshalb entschloß ich mich Ende 2004, mit Ablauf des Bewilligungszeitraums, neue Wege zu gehen und hatte von der Möglichkeit gehört, die Eingliederungshilfe in Form eines "Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets" zu beantragen.

Ich erhoffte mir durch diese Form der Leistungserbringung, dass es mir besser möglich sein würde, das Fachpersonal mit den erforderlichen Kompetenzen auf die Förderbedürfnisse meiner Tochter abzustimmen und auszuwählen. Außerdem dachte ich mir, dass diese Form der Eingliederungshilfe für meine Tochter geradezu ideal wäre, weil ja die Grenzen zwischen der medizinisch-therapeutischen Versorgung und der heilpädagogischen Förderung fließend sind und das Gesetz es vorsieht, dass die Leistungen zur Frühförderung als Komplexleistungen auszugestalten sind. So sollten ja, trotz der Mischfinanzierung (soweit es sich um medizinisch-therapeutische Leistungen handelt, z.B. in Form von Krankengymnastik und Ergotherapie von der Krankenkasse und, soweit es sich um pädagogische Leistungen handelt, im Rahmen der Eingliederungshilfe), die Leistungen für die Frühförderung gegenüber dem Kind und seiner Familie wie aus einer Hand erbracht werden.

In den darauf folgenden Telefonaufnahmen und persönlichen Gesprächen Ende 2004 und im Januar 2005 mit dem zuständigen Mitarbeiter der Abt. Familie, Jugend und Sport, Familienunterstützende Hilfen des zuständigen Bezirksamtes in unserem Wohnort, stieß ich dann zunächst mit der Beantragung eines "Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets" auf Widerstände u.a. vor allem wegen der Befürchtung der massiven Mehrarbeit, die die Mitarbeiter der zuständigen Stelle auf sich zurollen sahen,

durch die Übernahme all dieser Hilfen aus einer Hand. Zur Klärung dieser Frage, kam mir dann ein entscheidender Eckpunkt der Projektgestaltung des Modellversuchs für die bundesweite Einführung des "Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets" der Modellregion im Stadtbezirk Berlin Friedrichshain/Kreuzberg zur Hilfe. Dieser verfolgt einen **offenen Ansatz**, was bedeutet, dass er darauf ausgerichtet ist, jeden Bedarf der Pflege bzw. Eingliederungshilfe auch unter den Bedingungen eines Persönlichen Budgets zu beurteilen und individuell zu kalkulieren.

Der gesetzliche Rahmen, der auch dieser Projektgestaltung zugrunde liegt, wird im § 17 SGB IX - Ausführungen von Leistungen, Persönliches Budget - geregelt.

In der praktischen Anwendung kommt dem offenen Ansatz die Bedeutung zu - und dies ist m.E. ein entscheidender Aspekt, der bislang nicht entsprechend kommuniziert worden ist - dass es, solange es nicht gelingt, die anderen beteiligten Träger wie z.B. die Pflegeversicherung oder die Krankenkasse mit an einen Tisch zu bekommen (dies könnte nach Schätzungen von Experten noch etwa 10-20 Jahre dauern), die Möglichkeit besteht, **das Persönliche Budget als Teilleistung bei Feststellung eines Bedarfs der Pflege bzw. Eingliederungshilfe** zu beantragen.

Es sollte dann noch über ein Jahr lang dauern, bis uns dann für unsere Tochter der Bewilligungsbescheid zum 01.03.2006 für die Einzelfallhilfe

in Form eines Persönlichen Budgets vorlag. Die Überprüfung der Zielvereinbarung fand zum 30.09.06 statt. Inzwischen wurde ein Antrag auf Verlängerung der Leistungen gestellt und eine neue Zielvereinbarung bis zum 31.03.07 abgeschlossen.

Meine bisherigen Erfahrungen mit dem Persönlichen Budget sind ausgesprochen positiv. Mein Handlungsspielraum hat sich erweitert. Gleichzeitig erlebe ich Unsicherheiten in der neuen Rolle als Budgetnehmerin, die ich stellvertretend für meine Tochter ausübe. Neue Anforderungen werden an mich gestellt, insbesondere auf dem Gebiet der personalen und sozial-kommunikativen Kompetenzen, z.B. galt gleich zu Beginn der Einzelfallhilfe durch das Budget meine größte Sorge folgenden Fragen: Wie bzw. woher sollte ich die geeigneten Fachkräfte auswählen und zusammenstellen? Welche beruflichen Fachkompetenzen sollten sie haben? Sollten sie über zusätzliche Qualifikationen verfügen?

Mittlerweile, nachdem ich nun im ersten Halbjahr erlebt habe, wie viel passgenauer die Einzelfallhilfe für meine Tochter sein kann und dass sich viele Befürchtungen - z.B. kann ich der Fachkraft vertrauen (schließlich lasse ich sie in unseren privaten Alltag hinein) - als unbegründet erwiesen, gehe ich eher gelassen mit diesen Fragen um. Für unsere Tochter, bei der aufgrund ihrer cerebralen Bewegungsstörung die Körperbehinderung im Vordergrund

steht, geht es im Rahmen der Eingliederungshilfe in erster Linie um ihre motorische und kognitive Förderung. Nach diesem **individuellen Bedarf** bemisst sich auch **die Höhe der realen Geldsumme**, die für die Bereitstellung mit geeigneten Fachkräften von nicht unerheblicher Bedeutung ist. Beantragt eine Person, die bereits Leistungen bezieht, ein Budget, so soll das Budget die bisherige Leistung der Summe nach nicht überschreiten (§ 17 SGB IX). Hiermit komme ich zum Abschluß auf ein Problem zu sprechen - das Verfahren zur Bedarfsdeckung - das die Mitarbeiter in den Ämtern hier in Berlin von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich handhaben und das auch innerhalb des Modellversuchs bundesweit, aufgrund der Zuständigkeit der jeweiligen Bundesländer, offenbar nicht einheitlich bearbeitet und geregelt werden kann.

Mein ganz persönliches Fazit:

Mit dem Persönlichen Budget ist ein Anfang getan, der in die richtige Richtung geht, der selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Es bietet ein Mehr an Gestaltungsfreiraum und bedeutet gleichzeitig auch ein Mehr an Verantwortung, die wir Eltern für unsere Kinder ja sowieso tragen. Ich bin sehr froh darüber, auf diese Möglichkeit der Eingliederungshilfe aufmerksam gemacht worden zu sein.

*von Irmgard Ochsenknecht
Telefon: 030/215 77 97
E-Mail: irmoc@web.de*

Eine Chance für rheumakranke Kinder

startsocial - Eine fachliche Unterstützung für die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. für ein Projekt zur Betreuung von rheumakranken Kindern und Jugendlichen.

Rheuma ist keine Alterserkrankung, Menschen aller Altersstufen sind betroffen. Etwa 16.000 Kinder und Jugendliche erkranken allein in Deutschland jährlich neu, bei etwa 3.000 kommt es zu einem chronischen Verlauf. In Berlin leiden mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche an einer der ca. 100 verschiedenen rheumatischen Erkrankungen. Bei einer frühzeitigen Diagnose kann Rheuma zwar eingedämmt, nicht aber geheilt werden. Schmerzen, eine stark eingeschränkte Beweglichkeit, das Mitbetroffensein von inneren Organen und die Nebenwirkungen von Medikamenten beeinträchtigen das Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Wenn Kinder und Jugendliche an einer rheumatischen Krankheit leiden, trifft es die ganze Familie und die familiären Ressourcen sind schnell erschöpft. Die Eltern sind gefordert, das Kind zur Schule, zur Therapie und zu den Freizeitaktivitäten zu begleiten und Geschwisterkinder fühlen sich oft zurückgesetzt, weil ihre Interessen oft vernachlässigt werden (müssen). Durch den schubweisen Verlauf der Erkrankung und häufigen Aufenthalte in Spezialkliniken und Rehabilitationseinrichtungen kommt es zu häufigen Fehlzeiten in der Schule und das Kind hat dann Probleme, das Klassenziel zu erreichen.



startsocial bietet Unterstützung für rheumakranke Kinder

Um die betroffenen Kinder und ihre Familien zu unterstützen und zu entlasten hat die Rheuma-Liga Berlin e.V. das Projekt "Begleitung und Betreuung rheumakranker Kinder und Jugendlicher" entwickelt:

- Um die Eltern zu entlasten wird ein Begleit- und Betreuungsdienst die Kinder zu therapeutischen Behandlungen und schulischen und Freizeitveranstaltungen begleiten.
- Wenn es zu einem Krankenhausaufenthalt kommt, wird ein speziell dazu ausgebildeter Krankenhausbesuchsdienst die Kinder besuchen und Abwechslung in ihren Alltag bringen. Eine positive Krankheitsbewältigung soll dadurch gefördert werden.
- Eine qualifizierte, ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung soll erkrankte Kinder und Jugendlichen in ihren schulischen Leistungen

unterstützen, damit Wissenslücken künftig vermieden werden. Ein guter Schulabschluss soll einen erfolgreichen Start ins Berufsleben ermöglichen.

Hurra, wir sind Stipendiaten!

Mit diesem Projekt hat sich die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. bei startsocial e.V. um ein Stipendium beworben. Das Team von startsocial, bestehend aus ehrenamtlichen Beratern, die hauptberuflich in der Wirtschaft tätig sind, fand die Betreuungsidee zur Verbesserung der Lebensumstände rheumakranker Kinder und Jugendlicher förderungswert

und unterstützt nun die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rheuma-Liga bei der Durchführung der einzelnen Schritte und steht ihnen mit Rat und Tat zur Verfügung.

Wenn Sie Interesse an diesem Projekt haben, wenden Sie sich bitte an:

*Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V.
Birgit Sutarna
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Schützenstraße 52
12165 Berlin
Tel.: 030 / 79 78 62 41
sutarna@rheuma-liga-berlin.de
www.rheuma-liga-berlin.de*

Preisauslobung für Rheumaforschung

Stiftung Wolfgang Schulze - Ein Vermächtnis, das chronisch rheumakranken Menschen Hoffnung geben soll.

Die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. verwaltet die Stiftung, die Preise für herausragende Forschungsarbeiten vergibt, und sofern die Mittel der Stiftung es zulassen, auch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder andere steuerbegünstigte Körperschaften bei der Durchführung von Forschungsprojekten unterstützen kann.

Ziel der Stiftung ist es, die Forschung auf dem Gebiet entzündlicher und autoimmuner rheumatischer Erkrankungen finanziell zu unterstützen.

Das soll durch die Auslobung von Preisen bis zu fünfzigtausend Euro pro Jahr erfolgen.

Einsendeschluss ist der 31.12.2006.

Die Forschungsergebnisse in- und ausländischer Forscher müssen neuesten Datums, erstmalig zur Veröffentlichung gelangt und noch nicht von anderer Seite gefördert worden sein.

Informationen über die Preisvergabe-richtlinien und die Satzung:

*Stiftung Wolfgang Schulze
c/o Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V.
Schützenstr. 52, 12165 Berlin
Tel. 030 797 861 93
Fax 030 805 62 93
wulke@rheuma-liga-berlin.de
www.rheuma-liga-berlin.de*

Diabetikertag im Rathaus Schöneberg

Der Deutsche Diabetiker Bund Landesverband Berlin e.V. hatte am 9. September 2006 zum 5. Berliner Diabetikertag und 3. Forum für Pumpenträger wieder ins Rathaus Schöneberg eingeladen.

In diesem Jahr wurden wir von der Barmer Ersatzkasse und der AOK unterstützt, die im Vorfeld ihren Versicherten unsere Flyer zugeschickt hatten. Zusätzlich hatten wir in fünf Tageszeitungen, im Diabetiker Ratgeber, Diabetes Journal und im Internet auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Durch diese Informationen konnten wir auch mit Bussen angereiste Mitglieder vom Landesverband Brandenburg als Gäste begrüßen. Mit ca. 4.500 Besuchern zählten wir mehr Leute als im Vorjahr, die sich neben dem Besuch der angebotenen Vorträge außerdem bei 55 Ausstellern Informationen und Anregungen in Sachen Diabetes holten.

Die 500 Plätze im Willy-Brandt-Saal reichten bei einzelnen Vorträgen nicht aus, um allen Interessierten gerecht zu werden.



Warten auf den Besucheransturm

Auch das Insulinpumpenträgerforum im BVV-Saal fand guten Zuspruch; ein Zeichen für uns, dass die Vortragsthemen gut gewählt waren.

Am Stand des DDB standen die Besucher Schlange. 15 neue Mitglieder freuten sich über das Begrüßungsgeschenk "Das große TRIAS-Handbuch für Diabetiker Typ 1 und Typ 2".

Die Firma Lifescan führte an ihrem Stand 200 Blutzuckermessungen durch. 300 Besucher erhielten zusätzlich eine intensive Beratung.

Von der Firma Progen GmbH wurden neben 300 Blutzuckermessungen auch noch zusätzlich 170 HbA1c-Werte bei Besuchern festgestellt.

Unser Dank gilt neben dem Caterer-Service, dem Wachschatz, den Johannitern, allen Ausstellern und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern auch unserer Laienspielgruppe "Die Mellitussies", welche zur Auflockerung der Veranstaltung zwei Sketche im gut besuchten Willy-Brandt-Saal zeigte.

Und natürlich danken wir darüber hinaus auch den zahlreichen Sponsoren und Firmen, die großzügig mit Geld- und Warenspenden zu dem Gelingen unseres Diabetikertages beigetragen haben.



**Verteilen der Überraschungs-
präsente am DDB-Stand**

Der nächste Diabetikertag findet am 6. Oktober 2007 im Rathaus Schöneberg statt.

*Text und Fotos von Karin Pospich
Deutscher Diabetiker Bund
Landesverband Berlin e.V.
Schillingstr. 12
10179 Berlin
Tel.: 030/ 278 67 37
Fax: 030/ 27 59 16 57
E-Mail: ddbberlin@arcor.de
Internet: www.ddb-lv-blh.de*

ABSV plant Beratungsstelle für Sehbehinderte

Der Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin (ABSV) plant für das Jahr 2007 die Einrichtung einer Beratungsstelle für Sehbehinderte. Im Grunewalder Vereinshaus sollen dafür Räume entsprechend umgebaut und eingerichtet werden.

Hier können Betroffene dann verschiedene Beleuchtungen ausprobieren und die Handhabung von optischen Kleingeräten wie Lupen, Lupenbrillen und Monokularen, aber auch den Umgang mit Lesegeräten und Computern üben. Die Beratung wird durch Optiker mit Zusatzausbildung im Bereich vergrößernde Sehhilfen erfolgen.

Die Beratungsstelle soll bewährte Vereinsangebote wie Mobilitäts- und LPF-Training sinnvoll ergänzen und dafür sorgen, dass Sehbehinderte beim ABSV in Zukunft "alles unter einem Dach" vorfinden. Mehr Informationen unter Tel. 030 / 895 88-0.

*von Volker Lenk
(ABSV Öffentlichkeitsarbeit)*



**Professionelle Beratung für
Menschen mit Sehbehinderung**

*Kontakt:
Allgemeiner Blinden- und
Sehbehindertenverein Berlin e.V.
Auerbacher Straße 7
14193 Berlin
Tel.: 030/ 89 58 80
Fax: 030/ 895 88 99
E-Mail: info@absv.de
Internet: www.absv.de*

Die ILCO-Tage 2006 in Leipzig

Es ist bei der Deutschen ILCO gute Tradition, alle drei Jahre ein bundesweites Verbandstreffen abzuhalten. So auch in diesem Jahr vom 13.10. bis 15.10.2006 in Leipzig.

Am 13.10. fand am Abend das erste Kennenlernen in "Auerbachs Keller" statt. Aus ganz Deutschland waren Stomaträger und Darmkrebsbetroffene angereist, oft mit Ehepartnern oder Lebensgefährten, um sich zwanglos auszutauschen. Am 14.10. ging es dann in das Neue Rathaus zur ganztägigen Informationsveranstaltung.

Die interessanten Themen diesmal:

- der Weltstomatag und die Situation in Ländern wie Palästina, Bolivien und der Ukraine,
- Arztvorträge über Stomakomplikationen und Wege zu deren Vermeidung,
- Podiumsdiskussion über das Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen.

Am Abend dann das gesellig-festliche Zusammensein im Ratskeller des Neuen Rathauses, bei dem auch ausgiebig (und lange) getanzet wurde.

Abgerundet wurde das Verbandstreffen am Sonntag mit einer Stadtführung durch Leipzig und dem gemeinsamen Mittagessen.

Die ILCO-Tage 2006 waren ein großer Erfolg. Mit etwa 400 Teilnehmern war es schon rein zahlenmäßig das größte Verbandstreffen bisher und auch die Organisation ließ nichts zu wünschen übrig.

Doch am Wichtigsten war die Erkenntnis, dass niemand mit seiner Behinderung alleine steht und das Leben trotzdem oder erst recht lebenswert ist.

Kontakt:

Deutsche Ilco

Landesverband Berlin/Brandenburg

Herr Günter Vierkötter

Hartlebenstr. 11

12587 Berlin

Tel: 030/ 645 24 47

E-Mail: guenter@vierkoetter.com

Sprechstunde „Arbeits-, Zivil- und Patientenrecht“

Die LV Selbsthilfe Berlin hat ihr Angebot erweitert und bietet nun einmal monatlich eine kostenlose Sprechstunde zu Fragen des Arbeitsrechts, des allgemeinen Zivilrechts sowie der Patientenrechte an.

Diese wird von Rechtsanwalt Florian Bartels durchgeführt.

Bitte beachten Sie: Die Sprechstunde kann nur bei vorheriger Terminvereinbarung mit der LV Selbsthilfe Berlin in Anspruch genommen werden (Tel.: 030/ 27 59 25 25, E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de).

Betreuung statt Vormundschaft

Fundierte Kenntnisse im Betreuungsrecht spielen für viele Mitgliedsvereine der LV Selbsthilfe Berlin eine wichtige Rolle in ihrer alltäglichen Arbeit. Am 20. und 21. Oktober 2006 hatten sie die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Seminars im Berliner Rathaus eingehend mit den Feinheiten dieses juristischen Bereichs vertraut zu machen. Die Referentin, Rechtsanwältin Sybille Meier, fasst die wichtigsten Punkte der Veranstaltung im folgenden Artikel noch einmal zusammen.

Wann leitet das Vormundschaftsgericht eine Betreuung ein und was wird ein Betreuer in einem solchen Fall tun?

Das Rechtsinstitut der Betreuung löste als letzte große Jahrhundertreform des BGB das Vormundschaftsrecht ab. Durch das Betreuungsrecht wurde die Rechtsstellung psychisch kranker, körperlich, geistig oder seelisch behinderter Menschen entscheidend verbessert.

Der Betreuer ist in erster Linie gesetzlich dazu verpflichtet, das Wohl und die Wünsche der betreuten Person zu beachten und wenn möglich zu realisieren. Eine Betreuung soll idealer Weise eine Unterstützung für einen gehandicapten Menschen sein.

Grundsätzlich kann jeder beim nächstmöglichen Amtsgericht schriftlich oder bei dessen Rechtsantragstelle die Betreuung für einen anderen Mitbürger anregen. Das Vormundschaftsgericht prüft dann die gesetzlichen Voraussetzungen dafür. Es kann von Amts wegen entweder aus eigener Kenntnis oder auf Anregung Dritter (Angehörige, Freund, Arzt,

Nachbar, Vermieter) gegen den Willen einer psychisch kranken, geistig oder seelisch behinderten Person ein Betreuungsverfahren einleiten und eine Betreuerbestellung vornehmen, wenn diese "krankheitsbedingt nicht in der Lage ist, ihren Willen frei zu bestimmen und nach zutreffend gewonnenen Erkenntnissen zu handeln" (= Zwangsbetreuung).

Dieses von der Rechtsprechung entwickelte weitere Erfordernis ist Ausfluss der verfassungsrechtlich geschützten allgemeinen Handlungsfreiheit einer Person, Art. 1 und 2 GG. Das Bayerische Oberste Landesgericht führte in diesem Zusammenhang aus:

"Der Staat hat von Verfassung wegen nicht das Recht, seine erwachsenen und zur freien Willensbestimmung fähigen Bürger zu erziehen, zu bessern oder zu hindern, sich selbst zu schädigen."

Ist die betroffene Person mit einer Betreuerbestellung einverstanden, überprüft das Vormundschaftsgericht nicht die Unfähigkeit zur freien Willensbestimmung.

Eilbetreuung: Schnelle Hilfe, wenn's brennt

Das Gericht muss vor der Bestellung eines Betreuers ein sehr striktes, mit vielen rechtsförmlichen Garantien zugunsten des Betroffenen ausgestaltetes Verfahren beachten, dass sich unter Umständen bis zu einem halben Jahr hinziehen kann. Hierauf kann nur in Eilfällen verzichtet werden, um schnell effektive Hilfe zugunsten des Betroffenen zu gewährleisten.

Es wird dann eine (vorläufige) auf maximal sechs Monate befristete "Eilbetreuung" eingerichtet, um dem akuten Handlungsbedarf abzuwehren. Anschließend kann das Gericht in aller Ruhe die einzelnen Verfahrensschritte durchführen.

Dazu gehören:

- Unterrichtung des Betroffenen,
- Sozialbericht der Betreuungsbehörde,
- Bestellung eines Verfahrenspflegers,
- Neurologisch-psychiatrisches Sachverständigengutachten,
- Anhörung des Betroffenen,
- Anhörung von Angehörigen und/oder Vertrauenspersonen.

Im zweiten Teil der Fortbildungsveranstaltung wurden die Vorsorgeinstrumente Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsverfügung vorgestellt.

Das Gesetz versteht unter einer Betreuungsverfügung eine Willensäußerung, in der eine Person Vorschläge für die Auswahl des Betreuers

und/oder Wünsche zur Ausgestaltung der Betreuung macht. Der Betroffene kann in einer Betreuungsverfügung beispielsweise niederlegen, welche Person das Vormundschaftsgericht im Falle einer für ihn notwendig werden Betreuungsanordnung zum Betreuer bestellt werden soll. Ferner kann der Verfügende durch die Betreuungsverfügung Einfluss nehmen auf die Art und Weise der Wahrnehmung der Betreuung durch den gerichtlich bestellten Betreuer. Folgende Regelungen sind u.a. denkbar:

- Auswahl des Pflegeheims
- Auswahl des Pflegedienstes im Falle häuslicher Pflege
- Wünsche bezüglich medizinischer Behandlungen
- Bereitstellung von Geldmitteln
- Geldanlage etc...

Für die Betreuungsverfügung ist keine Form vorgeschrieben. Schriftform ist jedoch zweckmäßig. Der Verfasser muss nicht geschäftsfähig sein, da lediglich Wünsche niedergelegt werden. Das Gesetz ordnet im Fall der Anordnung eines Betreuungsverfahrens die Vorlage einer Betreuungsverfügung an. Die Verpflichtung trifft denjenigen, der sie verwahrt, § 1901a BGB. In einigen Bundesländern - allerdings nicht Berlin - besteht die Möglichkeit, Betreuungsverfügungen bei den zuständigen Vormundschaftsgerichten zu verwahren.

Vorsorgevollmachten dienen dazu, im Falle einer eigenen krankheitsbedingten Entscheidungsunfähigkeit eine staatliche Betreuerbestellung zu vermeiden. Können die Angelegen-

heiten einer kranken oder behinderten Person genauso gut durch einen Bevollmächtigten erledigt werden, bedarf es nicht einer Betreuungsanordnung durch das Vormundschaftsgericht, § 1896 Abs. 2 BGB. Private Vorsorge genießt vor staatlicher Fürsorge Vorrang. Eine Betreuerbestellung ist immer nachrangig. Eine Vollmacht kann für alle Rechtsgeschäfte erteilt werden und auch Gestattungen aussprechen für Eingriffe in höchstpersönliche Rechtsgüter, das heißt, der Bevollmächtigte kann z.B. auch ermächtigt werden, in ärztliche Heilbehandlungen einzuwilligen, Fixierungen in Pflegeheimen zuzustimmen etc... Eine Vollmacht kann jedoch ebenso auf bestimmte Rechtsgeschäfte beschränkt werden, wie z.B. Bankangelegenheiten; insoweit besitzt der Vollmachtgeber völlige Gestaltungsfreiheit. Zum Zeitpunkt der Abfassung einer Vollmacht muss auf Seiten des Vollmachtgebers Geschäftsfähigkeit gegeben sein. Vollmachten können zwar formlos erteilt werden, es ist jedoch dringend wegen der Akzeptanz im Rechtsverkehr zu einer schriftlichen Abfassung zu raten. Die Betreuungsbehörden beglaubigen neuerdings Vorsorgevollmachten. Notare nehmen Beglaubigungen und Beurkundungen vor.

Eine Patientenverfügung ist ein Schriftstück, in dem eine Person Wünsche bzw. Anordnungen für zukünftige ärztliche oder pflegerische Behandlungen (Ablehnung von Sondenernährung, künstlicher Beatmung, lebensverlängernder

Maßnahmen, usw..) niederlegt. Jede ärztliche Heilbehandlungsmaßnahme ist juristisch betrachtet eine Körperverletzung, die durch den Patienten gestattet werden muss. Hält sich also die Behandlungsseite nicht an die Anordnungen einer Patientenverfügung, ist der ärztliche Heileingriff als Körperverletzung zu qualifizieren. Die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes verpflichtet von daher Ärzte und Pflegepersonal zur Beachtung der Festlegungen, die eine Patientenverfügung beinhaltet, es sei denn, es liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass der Patient zwischenzeitlich seine Meinung änderte.

*von Sybille M. Meier
(Fachanwältin für Arbeits-
und Sozialrecht),*



*Potsdamer Str. 98,
10785 Berlin,
Tel.: 030/ 263 955- 0,
Fax: 030/ 263 95510
E-Mail:
sm@legalskills.de
www.legalskills.de*

Die Referentin, Rechtsanwältin Sybille Meier, begeisterte die Teilnehmer mit ihrer fachkompetenten und zugleich humorvollen Gestaltung des Seminars. Die LV Selbsthilfe bedankt sich bei ihr auch für die Ausarbeitung ihres Beitrags in diesem "Flaggschiff".

Skripte der Veranstaltung können bei der LV Selbsthilfe Berlin - aus Gründen des urheberrechtlichen Schutzes leider nur in gedruckter Version - angefordert werden.

Es gab viel zu erleben auf der Reha fair Berlin 2006

Unter dem Motto "Miteinander Leben" fand vom 28. bis 30. September 2006, täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr, die Messe Reha fair Berlin statt. Schwerpunkte der Messe waren Prävention, Rehabilitation, Integration, Pflege und die allgemeine Gesundheit.

Die Reha fair Berlin richtete sich nicht nur an Menschen mit Behinderung, sondern auch an deren Umfeld: Familie, Freunde/innen, Betreuer/innen, Pfleger/innen. Fast 17.000 Besucher kamen zur Reha fair Berlin in die Messehallen 21 - 24 unter dem Funkturm. Sie informierten sich über neueste Innovationen, probierten Hilfsmittel und Produkte, verfolgten das abwechslungsreiche Rahmenprogramm auf den insgesamt fünf Bühnen / Seminarbereichen und entspannten hinterher bei einem Imbiss im Sommergarten.

Zur feierlichen Eröffnung auf der Hauptbühne konnte Thomas Hartl, Veranstalter der Reha fair Berlin, die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knake-Werner, den Präsidenten des Sozialverbandes Deutschland (SoVD), Adolf Bauer, den Präsidenten des VdK und Minister a. D. Walter Hirrlinger des Sozialverbandes VdK Deutschland sowie die Finalistin des beauties in motion Kontest, Josephine begrüßen. Nachdem das rote Band durchtrennt wurde, startete die Messe mit einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm.

Ein Highlight war die Verleihung des Gütesiegels "Berlin Barrierefrei" an Herrn Dr. Göke und Herrn Dr.



Gewaltiger Besucheransturm

Kleinhenz (Messe Berlin) durch Herrn Eisel (Behindertenbeauftragter des Bezirkes Charlottenburg) und Herrn Marquard (Landesbehindertenbeauftragter Berlin).

Auch am folgenden Tag gab es auf der Hauptbühne in Halle 21.a wieder viel zu erleben. So wurden die Sieger des Malwettbewerb "Lebensfreude" ausgezeichnet und die Behindertensportler des Jahres durch den Behinderten-Sportverband Berlin geehrt. Zu diesen Terminen waren gut 300 Gäste aus Politik, Sport und Kultur, sowie Vertreter von Verbänden, Vereinen, Organisationen und Interessenvertretungen behinderter Menschen vertreten.

"Miteinander Leben" wurde von den ca. 300 Ausstellern auf gut 9.000 qm nicht nur vorgeführt, sondern auch vorgelebt. Sei es im Themenpark Rehabilitation, Gesundheit, Präven-

tion und Pflege, Reisen und Erholung, Auto- Mobil, Barrierefreier Lebensraum, Freizeit, Kultur und Sport oder Arbeitsleben - anfassen, ausprobieren, mitmachen war die Devise an diesen drei Tagen. In jedem Themenpark der Reha fair Berlin gab es etwas zu entdecken..

Im Sportbereich konnte jeder seiner Lieblingssportart zusehen und anschließend selbst ausprobieren. Von Badminton bis Tischtennis, von Fahrradfahren bis Walken - für jeden war etwas dabei. Im Themenpark Barrierefreies Leben informierten Architekten, Handwerker und Hausbauer über barrierefreie Baumaßnahmen für Menschen mit Behinderung, für Ältere und natürlich für Einrichtungen und Institutionen. Im Bereich Reisen und Erholung kamen die Besucher ins Schwärmen. Urlaubsziele - nah und fern für Alle, ob mit oder ohne Rolli. Im Themenpark Auto - Mobil wäre man am liebsten gleich zu einer Testfahrt aufgebrochen und auch im behindertengerechten Wohnmobil fühlte man sich wie zuhause.

Zur Reha fair Berlin hatten sich auch eine Vielzahl an Vereinen und Verbänden angemeldet. Über sie konnte der Besucher direkten Kontakt zu Menschen mit Behinderung aufnehmen, sowie sich über Vereinsaktivitäten und ehrenamtlicher Arbeit ein Bild machen. So präsentierte Hunde für Handicaps e.V. sich und seine Lieblinge und zeigte, was ein Begleithund alles kann.



Dr. Manfred Schmidt (LV Selbsthilfe Berlin), Irmgard Ochsenknecht (Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe)

Auf der Hauptbühne präsentierten sich die LV Selbsthilfe Berlin, die LAG Selbsthilfe Brandenburg, der Schwerhörigen-Verein Berlin e.V., der Blinden- und Sehbehinderten-Verband Brandenburg e.V., die Lebenshilfe Berlin, der Deutsche Diabetiker Bund Landesverband Berlin e.V., der Landesverband der Gehörlosen Brandenburg e.V., der Landesselbsthilfverband Schlaganfall- und Aphasiebetreffener und gleichartig Behinderter Berlin e.V., Landesverband Brandenburg für Rehabilitation der Aphasiker e.V. und der Landesselbsthilfverband Brandenburg / Berlin für Osteoporose e.V. und luden zu Diskussionsrunden ein.

Von den Ausstellern, Akteuren, Moderatoren sowie von den zahlreichen Besuchern bekam das Reha fair Berlin Team überwiegend positives Feedback. Die Organisation und die Durchführung und nicht zuletzt das menschliche Miteinander, wurden gelobt.

Das Team der Reha fair Berlin arbeitet nun bereits an der dritten Messe für Menschen mit und ohne Behinderung, die 2008 vom 24. bis 26. April wieder in den Messehallen unter dem Funkturm stattfinden wird. Bitte informieren Sie sich auf unseren Internetseiten zum gegebenen Zeitpunkt unter: www.rehafairberlin.de

Für weitere Informationen oder Fragen zur Reha fair Berlin steht Ihnen unser Team gerne zur Verfügung.

Kontakt:
Michaela Hartlieb
BS Berlin Service GmbH
PR-Assistentin (DAPR)
Postfach 66 01 36
10318 Berlin
Tel.: 030 / 26 93 40 -36
Fax: 030 / 26 93 40 - 32
Mobil : 0177 / 598 85 76
E-Mail:
m.hartlieb@bsberlinservice.de
Internet: www.rehafairberlin.de

„Spielerisch zu einem besseren Gedächtnis“

Mit fortschreitendem Alter sind auch Demenzen zunehmend zu verzeichnen. Reader's Digest brachte jetzt einen wunderschönen bunten Ratgeber heraus, der das Thema anschaulich und leicht fasslich angeht.

Schon ab etwa dem 20. Lebensjahr lässt die Merkfähigkeit nach, andererseits gibt es viele Personen, die sich auch im hohen Alter noch durch eine bemerkenswerte geistige Frische auszeichnen. In der Regel sind das Menschen, denen das Denken Freude macht, die es gewohnt sind, sich mit Problemen auseinander zu setzen.

In "Spielerisch zu einem besseren Gedächtnis" lernen wir, wie unser Gedächtnis und das Wechselspiel zwischen Kurzzeit- und Langzeitgedächtnis funktioniert und wie wir es verbessern können, denn im Denksport ist wie bei Körpersportarten das Training entscheidend.

Wir werden mit Lernstrategien und -methoden vertraut gemacht. Es ist aber keine dürre Theorie, denn 600 Aufgaben unterschiedlicher Schwere

fordern uns heraus und helfen, Logik, Beobachtungsgabe und Konzentration zu schärfen und bereiten zudem noch Vergnügen.

Im Anhang findet der Leser nützliche Adressen, darunter von Alzheimervereinigungen, Hirnliga und Gedächtnistrainingsgesellschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz, ein umfassendes Sachregister und vor allem die Auflösungen aller Denksportaufgaben.

von Dr. Rudolf Turber

„Spielerisch zu einem besseren Gedächtnis“, Reader's Digest Deutschland, Stuttgart 2006, 352 Seiten, Produktnummer: 060 609, Kundentelefon: 01805/ 61 99 81 (0,12 EUR/Minute), www.rd-shop24.de

LV Selbsthilfe Berlin

Zukunft der Behindertenpolitik

Diskussionsveranstaltung mit der Senatorin für Integration, Soziales und Arbeit, Dr. Heidi Knake-Werner.

Berliner Rathaus (Eingang Jüdenstraße),
Raum 338 (F.- Friedensburg-Saal)
06. Dezember 2006, 17.00 Uhr
Aktuelle Infos unter 030/ 27 59 25 25
und www.lv-selbsthilfe-berlin.de

Lebenshilfe Berlin

4. Weihnachtsmarkt der Lebenshilfe Berlin

... mit Erlebnistheater zum Staunen und Mitspielen, Weihnachtsliedern zum Mitsingen, Zinngießen, Malen und vielen weiteren Aktionen zum Mitmachen.

An den Marktständen wird eine bunte Auswahl von Weihnachtsgeschenken, die in den Einrichtungen der Lebenshilfe Berlin und anderen Trägern hergestellt wurden, präsentiert. Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt: Bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen am Kaminfeuer, auf dem Gelände mit Glühwein, Waffeln und anderen Köstlichkeiten können die Besucher des Weihnachtsmarktes entspannen.

Termin:

09. Dezember 06, 14.00 - 18.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Freizeit- und Begegnungsstätte der Lebenshilfe Berlin e.V., Dohnagestell 10, 13351 Berlin

Der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen:
www.lebenshilfe-berlin.de

17. Ball der Lebenshilfe Berlin

Hier können Sie das Tanzbein schwingen, eine tolle Stimmung miterleben und sich mitreißen lassen von der Reinhard Stockmann Band. Diese präsentiert sich erstmalig mit der Frontsängerin Stefanie Haak.

Gunnar Carino begleitet den Abend äußerst unterhaltsam mit seiner Moderation und "Zaubereien".

Eine Überraschungstanzshow der Extraklasse sorgt für frischen Wind auf der Tanzfläche und neuen Bewegungsansporn.

Kartenpreis: 25 €

Veranstaltungsort:

Sport- und Freizeitzentrum Siemensstadt, Rohrdamm 61- 64, 13629 Berlin

Termin:

23. Februar 2007

Weitere Informationen:

Frau Heuer

(Veranstaltungsmanagement)

Tel.: 030/ 82 99 98 149

E-Mail: events@lebenshilfe-berlin.de
www.lebenshilfe-berlin.de

Spastikerhilfe Berlin

Integrative Mutter/Vater-Kind-Gruppe

für Kinder mit und ohne Entwicklungsverzögerungen von 0 bis 5 Jahren.

Montags von 15:30 bis 17:30 Uhr

SHB e.V., Lindenstr. 20 - 25,
10969 Berlin-Kreuzberg
Tel.: (0 30) 25 93 75-67,
www.spastikerhilfe.de

Von Singapur nach Venedig - ein Reisebericht

Am 26. März flogen wir - meine Frau, unsere Enkelin und ich - nach Singapur und bestiegen die Maxim Gorki. Das Schiff, das uns seit Jahren vertraut ist, sollte uns in fünf Wochen durch zwölf Länder bis nach Venedig bringen. Die Erwartung über die kommenden Erlebnisse war groß.

Zunächst musste ich meine Vorstellung von Singapur korrigieren. Ich hatte eine Insel voller Hochhäuser und Beton erwartet. Weit gefehlt. Natürlich gibt es in Singapur viele Hochhäuser, denn der geringe Raum muss rationell genutzt werden.

Aber die Stadt hat auch zahlreiche Grünflächen und Parks. Besonders beeindruckt haben uns der Orchideenpark mit seiner Vielfalt dieser wunderschönen Blumen und die Sauberkeit in dieser Stadt. Es liegt wirklich nichts auf der Straße. Das wird vor allem dadurch erreicht, dass das Wegwerfen irgendwelcher Dinge - und sei es einer Zigarettenkippe - durch hohe Strafen geahndet wird. Das wichtigste Hobby der vier Millionen Einwohner ist Essen. Danach kommt Einkaufen.

Am 28. März verließen wir Singapur und nahmen Kurs auf Malaysia. Die Hauptstadt Kuala Lumpur wird sowohl von historischen Bauten als auch von den über 500 Meter hohen Petronas Towers bestimmt, die zu den höchsten Gebäuden der Welt gehören. Malaysia ist ein Bundesstaat. Jeder der einzelnen Staaten wird von einem König regiert.

Das dritte Land, das wir besuchten, war Thailand, besser gesagt seine Insel Phuket. Das erste was uns

bzw. unseren sehenden Mitreisenden auffiel, war, dass die Tsunamischäden bereits beseitigt sind. Hier hat uns am meisten ein überaus reich verzierter und mit vielen goldenen Statuen ausgestatteter buddhistischer Tempel beeindruckt. Ich hatte Gelegenheit, zahlreiche Verzierungen, Ornamente und Figuren zu betasten und bekam so einen plastischen Eindruck von der Vielfalt dieses Bauwerks.



Buddhistischer Tempel auf der thailändischen Insel Phuket

Am 1. April erreichten wir die Insel We, die zu Indonesien gehört. Hier herrscht große Armut. Die Tsunamis Schäden sind noch deutlich erkennbar. Als wir an Land gingen, waren so viele Menschen versammelt, dass wir den Eindruck bekamen, die ganze Inselbevölkerung will uns begrüßen. Am auffallendsten waren die vielen jugendlichen Mopedfahrer, die kreuz und quer durch die Menge fahren. Sie wollten wohl auf sich aufmerksam machen.

Unser nächstes Ziel war Sri Lanka. Die Insel hat die Größe von Bayern. Von den 22 Millionen Einwohnern sind 70 % Singhalesen und 18 % Tamilen. Die restlichen 12 % sind Moslems und Christen. Die Menschen in Sri Lanka sind sehr freundlich und aufgeschlossen. Die Busfahrer lieben das Rasen; man muss mächtig aufpassen. Hauptnahrungsmittel sind Reis und Gemüse. In der Hauptstadt Colombo herrscht Verkehrschaos, das Wichtigste am Auto ist die Hupe. Die Schulkinder tragen weiße Uniformen, die Zugehörigkeit zu einer Schule erkennt man nur an der Farbe des Schlipses.

Am 6. April landeten wir in Cochin, das zu Kerala, einem der 28 Bundesstaaten Indiens gehört. Die Stadt liegt auf mehreren Inseln bzw. Halbinseln, das wichtigste Verkehrsmittel ist deshalb das Boot. Wir hatten auch das Vergnügen, mit einem solchen zu fahren. Das Problem ist, das an einem Landeplatz meist mehrere Boote hintereinander liegen, sodass man von einem Boot auf das andere steigen muss, um an Land zu

kommen. Einmal hatten wir ca. zehn Boote zu überwinden. Das ist als Blinder gar nicht so einfach. Aber mit Hilfe unserer Enkelin und freundlicher Helfer haben wir es geschafft.

Am nächsten Tag besuchten wir Goa, den kleinsten Bundesstaat Indiens, der nur zwei Millionen Einwohner hat. Ein Busausflug führte uns nach Alt-Goa, der ehemaligen Hauptstadt des Bundesstaates, in der es aber heute fast nur noch Kirchen gibt. Die beeindruckendste ist eine Basilika mit angeschlossenem Franziskanerkloster, in dem über 100 Nonnen leben. Unser Besuch fiel in eine Prozession zu Ehren des heiligen Franz, der dort begraben sein soll.

Nach zwei Seetagen fahren wir in den ersten Hafen auf der arabischen Halbinsel ein. Muscat, die Hauptstadt des Oman, hat uns sehr beeindruckt. Nicht nur wegen ihrer Sauberkeit, sondern auch wegen des enormen Aufschwungs, den dieses kleine Land in den letzten 35 Jahren erlebt hat. Muscat ist die kleinste Hauptstadt der Welt. Eine sehr schöne Stadt mit vielen weißen Häusern, Bäumen und Blumen. Sie ist von Bergen eingeschlossen, sodass sie sich kaum ausdehnen kann. Noch Ende der sechziger Jahre gab es im Oman kein Fernsehen, kein Radio und kein Telefon. Heute ist Muscat eine moderne Stadt, in der aber viele Traditionen bewahrt wurden. Das sieht man z.B. an der Kleidung, aber auch am Souk, dem traditionellen Markt der Araber, in dem jedes Gewerbe seine eigene Straße hat.



Auf dem Kamelmarkt

Und es wird, wie im Orient üblich, gehandelt. Die Händler erwarten das auch und nennen zuerst einen Preis, der viel zu hoch ist. Wenn man sich dann irgendwo darunter einigt, ist jeder zufrieden. Der Käufer glaubt, einen guten Schnitt gemacht zu haben, und der Händler hat seinen Gewinn. In Muscat nutzten wir auch die Gelegenheit, im herrlichen Wasser des arabischen Golfs zu baden.

Unser nächstes Ziel waren die Vereinigten Arabischen Emirate. Von den sieben Emiraten besuchten wir drei, und zwar Fujairah, Dubai und Abu Dhabi. Dubai ist eine moderne, großzügig angelegte Stadt mit vielen Superlativen. Hier gibt es z.B. das größte Hotel (sieben Sterne): 210 Suiten, 321 Meter hoch. Der Gold-Souk hat 300 Goldgeschäfte, zur Zeit ist ein Hochhaus im Bau, das das

höchste der Welt werden soll. Geplant sind 800 Meter. Sollte aber inzwischen in einem anderen Land ein ebenso hohes Haus gebaut werden, dann setzen die Dubaier eben noch einige Meter drauf. Im Meer vor der Küste werden künstliche Inseln angelegt, auf denen Hotels, Villen, Freizeitanlagen und ähnliches geplant sind. Dubai setzt stark auf Tourismus. Er soll vor allem dann, wenn das Öl nicht mehr fließt, die Haupteinnahmequelle sein.

Abu Dhabi ist ebenfalls eine moderne Großstadt, aber ohne Sehenswürdigkeiten. Wir nutzten unseren Aufenthalt für eine Fahrt zu einer Oase. Die Autobahn, die dorthin führt, geht durch die Wüste. Sie ist an beiden Seiten begrünt, das heißt die Grünstreifen - vor allem Bäume und Sträucher - müssen ständig künstlich bewässert werden. Die Al-Ain-Oase ist eine große Ansiedlung. Die

Bewässerung erfolgte ursprünglich über ein Kanalsystem, das mit Wasser aus den Bergen gespeist wurde. Für uns sehr interessant, war der Kamelmarkt, auf dem viele Kamele auf Käufer warten. Im Gegensatz zu früher gibt es in Abu Dhabi fast keine Analphabeten mehr. Viele Frauen studieren. Das Handy ist allgegenwärtig.

Nach den Emiraten besuchten wir noch einmal den Oman, und zwar Salalah, die zweitgrößte Stadt. Sie ist vor allem durch den Weihrauchexport bekannt. Natürlich wurden wir in einen Weihrauch-Souk geführt. Auch einen Weihrauchbaum, dessen Harz für diesen Zweck gewonnen wird, konnten wir besichtigen bzw. betasten. Was uns auffiel: Kamele und Kühe laufen frei herum. Sie gehören zwar einzelnen Besitzern, aber sie sind nicht eingesperrt, sondern können sich frei bewegen. Das Kamelfleisch schmeckt kräftig und würzig, aber ist etwas zäh. Übrigens wird den Kamelen das Euter zugebunden, damit sie nicht gegenseitig die Milch saufen.

Unser nächstes Ziel war der Jemen. Die Hafenstadt Aden liegt am Indischen Ozean. Während in den Emiraten der Reichtum deutlich sichtbar war, erwartete uns im Jemen ein armes Land mit vielen zerstörten Häusern und viel Unrat auf der Straße. Interessant war die Zisternenanlage, die früher die gesamte Stadt mit Wasser versorgte. Was uns noch auffiel war, das fast alle Frauen verschleiert sind. Die Landschaft im Jemen ist sehr schön, insbesondere durch bizarre Gebirgsformationen.

Am nächsten Tag fuhren wir in Hodeidah, einer ebenfalls zum Jemen gehörenden Hafenstadt am Roten Meer ein. Für uns beeindruckend war der Fischmarkt, auf dem Haie verkauft werden. Die Fischer bringen den Hai fangfrisch auf den Markt, wo er dann portionsweise verkauft wird. Vor uns lag ein etwa drei Meter langer Hammerhai. Leider hatten wir keine Gelegenheit, uns ein Bild vom Geschmack des Fisches zu machen.

Typisch für den Jemen ist auch das Kauen von Kat, einer Grünpflanze, die die Wirkung einer leichten Droge hat. Man sieht fast alle Männer mit einer dicken Backe, in der sie die Blätter aufbewahren und ständig darauf herumkauen. Wir empfanden das Land als besonders heiß und stickig.

Am 22. April erreichten wir Port Sudan, die wichtigste Hafenstadt des Sudan, des größten Landes in Afrika. Auf unserer Fahrt mit dem Bus nach Suakin, der ehemaligen Hafenstadt, kamen wir an zahlreichen Hütten von Nomaden vorbei. Sie leben vor allem von Kamelherden und haben sowohl die sudanesischen als auch die saudiarabische Staatsbürgerschaft. Zwischen beiden Staaten, die sich am Roten Meer gegenüberliegen, wechseln sie hin und her. Die sudanesischen Frauen sind meist bunt gekleidet, sie brauchen sich nicht zu verschleiern. Wir hatten Glück, dass wir im April im Land waren, da herrschten etwa 35 Grad. Im Juni wird es bis zu 47 Grad heiß.



In Petra, der ehemaligen Hauptstadt Jordaniens

In Jordanien, unserem nächsten Ziel, hatten wir ein besonderes Erlebnis. Wir fuhren zur ehemaligen Hauptstadt Petra, die nur über eine enge Felsenschlucht erreichbar ist. Am Ende der Schlucht steht man plötzlich vor einem monumentalen Bauwerk, das aus einem Felsen gehauen wurde. Alle sakralen Bauten dieser Stadt wurden aus Felsen geschlagen. Deshalb haben sie auch mehr als 1.000 Jahre überdauert. Die Stadt ist nämlich seit etwa 800 Jahren nicht mehr bewohnt. Von den Profanbauten sind nur noch Säulen und Mauerreste übrig geblieben, aber die Sakralbauten sind noch sehr gut erhalten, eben weil direkt aus dem Felsen geschla-

gen. Der Weg durch die Schlucht war recht beschwerlich, zumal viel Geröll und Unebenheiten zu überwinden sind. Aber die Anstrengung hat sich gelohnt.

Das letzte Land auf unserer Reise war Ägypten. Wir landeten in Sharm El-Sheikh auf der Halbinsel Sinai und fuhren mit Landrovern durch die Wüste zu den Beduinen. Auch hier wunderschöne Gebirgslandschaften, von denen unsere sehenden Mitreisenden beeindruckt waren. Am Ziel nutzte ich die Gelegenheit, einmal auf einem Kamel zu reiten. Das ist schon ein komisches Gefühl, zumal man nur einen Stock hat, an dem man sich festhalten kann. Aber dieses Erlebnis wollte ich mir nicht entgehen lassen.

Am nächsten Tag fuhren wir durch den Suezkanal. Er misst von Suez bis Port Sait 162 Kilometer. Die Durchfahrt dauert zehn Stunden. Die Schiffe werden zu Konvois zusammengestellt und im Vierstundenabstand durch den Kanal geschleust. Der Kanal selbst ist einspurig, sodass sich die Schiffe nur in den vier Seen begegnen können, die sich im Verlauf des Kanals befinden. Straßenfahrzeuge, die von Ost nach West fahren möchten, haben die Möglichkeit, über eine 9,4 Kilometer lange Straßenbrücke oder durch einen Tunnel den Kanal zu über- bzw. unterqueren.

Nach einer dreitägigen Fahrt durch das Mittelmeer landeten wir schließlich am 30. April in Venedig. Leider hatten wir keine Chance, diese schöne Stadt zu besichtigen. Das wird ein andermal geschehen.

Die Kreuzfahrt war beeindruckend und hat so viele Erlebnisse gebracht, dass wir noch lange davon zehren werden. Wenn uns auch viele optische Eindrücke entgangen sind, so haben wir doch die Eigenheiten der einzelnen Länder über das Gehör, den Tastsinn, die Nase - vor allem die vielen Gewürze - und den Gaumen wahrgenommen. Und natürlich durch die Erläuterungen unserer sehenden Mitreisenden.

*von Dr. Manfred Schmidt
(Vorsitzender der LV Selbsthilfe Berlin)*

Die Redaktion

... bedankt sich für Ihr Interesse!

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren wenden Sie sich bitte an:

Jürgen Friedrich
Tel.: 030/ 27 59 25 25
E-Mail:
juergen.friedrich@lv-selbsthilfe-berlin.de

Der Vorstand und die
Mitarbeiter der
LV Selbsthilfe Berlin
wünschen allen Mitgliedern,
Mitstreitern und Lesern
ein frohes und friedliches
Weihnachtsfest und einen
guten Rutsch ins Jahr
2007!

Vorstand der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.:

Vorsitzender:

Dr. Manfred Schmidt

Stellvertretender Vorsitzender:

Hartwig Eisel

Schatzmeister:

Dietmar Gasch

Weitere Vorstandsmitglieder:

Christa Schaal

Ingo Schellberg

Hildegard Gramatzky

Margret Dontsch-Lange

Auf Anforderung erhalten Sie in der
Geschäftsstelle kostenlos unsere

Broschüre „Die Landesvereinigung
Selbsthilfe Berlin und ihre Mitglieds-
vereine“.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstr. 108

10179 Berlin

Tel.: 030/ 27 59 25 25

E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

**Auch Ihre Geldspende ist
willkommen!**

Unsere Bankverbindung lautet:

Kto.-Nr.: 3101 800

BLZ: 100 205 00

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

**Wir danken Ihnen für die Unterstüt-
zung unserer Arbeit.**

Das FLAGGSCHIFF, Heft: 3/2006, November 2006

Die Zeitschrift erscheint in aller Regel jedes Vierteljahr. Ihr Bezug ist kostenfrei. Die Verteilung erfolgt nach Maßgabe des Herausgebers. Weitere Exemplare können in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge repräsentieren nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers und der Redaktion.

Einsendeschluss für Beiträge im nächsten Heft ist der 31. Januar 2007.

Herausgeber:

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. (LV Selbsthilfe Berlin),

Dr. Manfred Schmidt

Redaktion und Layout: Jürgen Friedrich, Frank Jaskulla

Layoutkonzept: Maik Haase

Titelfoto Deckblatt: BS Berlin Service

Druck: OKTOBERDRUCK AG, Rudolfstr. 1 - 8, 10245 Berlin



Mit freundlicher Unterstützung der
Techniker Krankenkasse

Mitglieder der LV Selbsthilfe Berlin

Allgemeiner Blinden- und Sehbehinderten-Verein Berlin gegr. 1874 e.V. (ABSV) • Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen (ACHSE e.V.) • Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V. • Aphasie Landesverband Berlin e.V. (ALB) • Arbeitsgemeinschaft für Selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e.V. (ASL) • Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und/oder Hydrocephalus (ASbH)-Flamingo • Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e. V. (AKG) • Autismus Deutschland, Landesverband Berlin e.V. • Bastille – Gemeinsam sind wir stark e.V. • Berliner Interessengemeinschaft Phenylketonurie und andere angeborene Stoffwechselstörungen e.V. • Björn-Schulz-STIFTUNG • Borreliose Selbsthilfe e.V. Berlin-Brandenburg • Bund zur Förderung Sehbehinderter (BFS), Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. • Bundesselbsthilfeverband Kleinwüchsiger Menschen e.V. (VKM) Landesverband Brandenburg/Berlin • Bundesverband Kleinwüchsige Menschen und ihre Familien e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern • Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. • Conterganverband Berlin/Brandenburg e.V. • Deutsche Ehlers-Danlos-Initiative e.V. (EDS) Landesverband Berlin • Deutsche Fibromyalgie-Vereinigung e.V. • Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e.V. (DGM) Landesgruppe Berlin • Deutsche Ilco Landesverband Berlin/Brandenburg e.V. • Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung e.V. (DCCV) Landesverband Berlin-Brandenburg • Deutsche Narkolepsie-Gesellschaft e.V. (DNG) Regionalgruppe Berlin-Brandenburg • Deutsche Parkinson Vereinigung e.V. (dPV) Regionalgruppe Berlin • Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. • Deutscher Diabetiker Bund Landesverband Berlin e.V. • Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS) – Bezirksgruppe Berlin/Brandenburg • dignitas – Deutsche Interessengemeinschaft für Verkehrsunfallopfer e.V. – Regionalgruppe Berlin-Brandenburg • Fatigatio e.V. Bundesverband Chronisches Erschöpfungssyndrom (CFS/CFIDS/ME) – Regionalgruppe Berlin • Fördergemeinschaft für Taubblinde e.V. • Frauengesundheit e. V., Regionalverband Berlin-Brandenburg • Freundeskreis Camphill e.V. Arbeitsgruppe Berlin Alt-Schönow • Gehörlosenverband Berlin e.V. (GVB) • Gesellschaft für Osteogenesis imperfecta Betroffene e.V. Landesverband Ost • HFI e.V. Selbsthilfe-Initiative Kreislauf und Stoffwechsel Landesverband Berlin-Brandenburg • Interessengemeinschaft zur Förderung behinderter Menschen e.V. • Landesselbsthilfeverband Brandenburg/Berlin für Osteoporose e.V. • Landesselbsthilfeverband Schlaganfall- und Aphasiebetroffener sowie gleichartig Behinderter Berlin (LVSB) e.V. • Landesverband der Berliner AIDS-Selbsthilfegruppen e.V. (LaBAS) • Landesverband Epilepsie Berlin/Brandenburg e.V. • Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Landesverband Berlin • mamazone - Frauen und Forschung gegen Brustkrebs e.V. • Marfan Hilfe (Deutschland) e.V. • Multiple Sklerose Selbsthilfe e.V. (mss) • Onkologisches Patientenseminar Berlin-Brandenburg e.V. • Pro Retina Deutschland e.V. - Selbsthilfevereinigung von Menschen mit Netzhautdegenerationen • ProRemus e.V. - Elterninitiative für Kinder und Jugendliche mit Spina bifida und Muskelkrankheiten • Schwerhörigen-Verein Berlin e.V. • Selbsthilfe- Bund Blasenkrebs e.V. • Spastikerhilfe Berlin e.V. (SHB)

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.
(LV Selbsthilfe Berlin)

Littenstr. 108

10179 Berlin

Telefon: 030/ 27 59 25 25

Telefax: 030/ 27 59 25 26

E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

Internet: www.lv-selbsthilfe-berlin.de

Mitglied der

BAG SELBSTHILFE